Apr 1931

B3

Arbeiterstimme

595 Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internatio[nale] ... [Sach]sen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund[um den] Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung[...]

7. Jahrgang | Dresden, Dienstag den 7. April 1931 | Nummer 57

Raste nicht, ruhe nicht — bis Du einen neuen Abonnenten für die „Arbeiterstimme" geworben hast

Zu uns der zweite Mann!

SPD-Arbeiter rufen zur roten Einheitsfront

Gegen Wels und Edel! Für ein Sowjetdeutschland!

Der Faschismus erhebt immer frecher sein Haupt. Das Attentat auf den kommunistischen Abgeordneten Henning in Hamburg ist ein Signal für die geplante Kette weiterer Mord- und Terrortaten der Faschisten gegen die Arbeiter. Die faschistischen Mörderbanden haben den vollen Schutz der faschistischen Polizei und der faschistischen Justiz. Die Freisprechung des Nazimörders in Plauen, die milden Urteile gegen die Mordbanden in allen Teilen Deutschlands sind eine ununterbrochene Ermunterung der Faschisten zu verstärktem Mordterror.

Der Staatsapparat, der das Treiben der Faschisten duldet, wird gestützt von den sozialdemokratischen Führern, die die Brüningregierung im Reich, die Schieckregierung in Sachsen stützen. Diese sozialdemokratischen Führer hindern die Einheitsfrontbewegung der Arbeiter, verwirren die Massen des Proletariats, ermöglichen damit die Angriffe des Unternehmertums und erleichtern den Vormarsch der Nationalsozialisten.

Wo sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter zusammenstanden, haben sie die Angriffe der Faschisten erfolgreich zurückgeschlagen.

In Radeberg, in Großenhain, in Bautzen und anderswo scheiterte jede Naziprovokation an der Geschlossenheit der Arbeitermassen. In Thalheim erzwang die Geschlossenheit der einheitlich auftretenden Arbeitermassen die Einstellung des Polizeiterrors, in Mittweida die Freilassung verhafteter Arbeiter.

Dort, wo die Arbeiter gemeinsam gegen den Lohnraub streikten, gelang es, diesen abzuwehren oder doch entscheidend abzuschwächen.

Wo die Erwerbslosen geschlossen aufmarschierten, gelang es, Teilerfolge, Winterbeihilfen oder andere Vergünstigungen zu erreichen.

Wir stellen fest, überall, wo sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter mit allen Werktätigen gemeinsam auftraten, wurde die Sozial- und Kulturreaktion zurückgedrängt.

Unsere Führer sagten uns, daß die SPD den Klassenkampf führt. Wir wollen den Klassenkampf, wir wollen den Sozialismus erkämpfen! Wir waren mit der Politik unserer Partei schon seit langem nicht mehr einverstanden. Die „linken" Führer hier in Sachsen, die Arzt, Edel, Weckel, Liebmann, Seydewitz haben uns gesagt, daß wir die Politik der Partei ändern und dafür innerhalb der Partei kämpfen müssen.

Sie haben uns gesagt, daß die Einheit der Partei gewahrt werden müsse, weil die einige, starke SPD ein Bollwerk gegen den Faschismus sei. Wir haben das bisher geglaubt, daß es möglich sei, die Politik der Partei und die Parteiführung zu ändern, die Partei zum revolutionären Marxismus zurückzuführen.

Die Vorgänge in der letzten Zeit haben uns eines anderen belehrt! Sie zeigen uns nicht nur, daß die SPD ihre Politik nicht ändern wird, sondern daß die Parteiführer, Wels, Crispien, Severing und Konsorten bis zur vollen Durchführung des Faschismus mit der Bourgeoisie verbunden, daß aber auch unsere sogenannten „linken" Führer, die Weckel, Edel usw., die gleiche den Faschismus fördernde Politik machen wie die Wels und Co.

Die Gewerkschaftsführer haben den Lohnraub auf der ganzen Linie unterstützt. [illegible] Woche ohne Lohnausgleich, also 12½ Prozent Lohnabbau vor. Die Arndt und Genossen in Sachsen haben den Lohnabbau in der Textilindustrie sowie in der Metallindustrie, bei den Nahrungsmittelarbeitern und den Gemeindearbeitern durchgeführt.

Die Reichstagsfraktion lehnt die geringsten Ausgaben der Kinderspeisung und Säuglingsfürsorge ab, sie bewilligt aber den 700-Millionen-Reichswehretat, sie ist bereit, den Panzerkreuzer zu bewilligen, sie enthüllt damit die ganze Unwahrhaftigkeit ihrer Politik. Die „Linken" in Sachsen unterstützen die Panzerkreuzerpolitik.

Die Sozialdemokratische Partei organisiert die Konterrevolution in der Sowjetunion, sie arbeitet zusammen mit den weißgardistischen Generalen und den vertriebenen Kapitalisten und Großgrundbesitzern für die Sabotage des Fünfjahrplanes, das heißt: Sabotage des sozialistischen Aufbaus und die bewaffnete Intervention gegen Sowjetrußland.

Die „Linken" unterstützen die Maßnahmen der Konterrevolution der ganzen Welt durch Lügenberichte und Verleumdungen des ersten Arbeiter- und Bauernstaates.

So wie die Reichstagsfraktion die Brüningregierung, diese Regierung der Durchführung des Faschismus, stützt, so unterstützen die Weckel, Edel und Konsorten die Schieckregierung, die sächsische Filiale der Brüningdiktatur.

Vor Monaten schrieben die sozialdemokratischen Zeitungen,

Arbeiterjugend unterm Sowjetbanner

Kundgebung im Reich und in Sachsen — Zahlreiche Verhaftungen

Berlin, 7. April

Die Ostertage sahen Berlin wieder unter dem Belagerungszustand, der sich gegen die Vorbereitung der revolutionären Jugendverbände für den sechsten Reichsjugendtag richtete. Schon die Tatsache, daß der Kommunistische Jugendverband etwa drei Millionen Flugblätter verschiedener Arten, eine Viertelmillion Klebestreifen herausgegeben und 1000 Massenversammlungen organisiert hatte, ließen die unter der Führung des Sozialdemokraten Grzesinski stehende Polizei ein ungeheures Aufgebot auf den Beinen halten. Vor dem Jugendtag selbst fanden nicht weniger als 132 illegale Demonstrationen statt. Heute liegen Meldungen außer aus Berlin, aus Frankfurt, aus Ostpreußen, aus Wiesbaden, aus Braunschweig und aus Hamburg vor. Ueberall waren tausende auswärtige Teilnehmer festzustellen. In Berlin tagte der illegale Jugendkongreß revolutionärer Einheit, an dem 300 Delegierte aus dem Reich, unter ihnen zahlreiche SAJ-Genossen, bisherige Mitglieder der Hitler-Jugend und christliche Jungproleten teilnahmen. Die Polizeiaktionen führten überall zu Zusammenstößen und Verhaftungen.

Jugenddemonstrationen auch in Sachsen

Die sächsischen Jungarbeiter organisierten in 25 bis 30 Orten von Sachsen rote Aufmärsche. Die Demonstrationen erreichten teilweise eine Teilnehmerzahl bis 700.

Durch Wurzen und Muldental marschierte die Leipziger Arbeiterjugend. Nach einer halbstündigen Demonstration verteilten sich die verschiedenen Sturmbrigaden ins Wurzener und Muldentaler Landgebiet. Ueber 500 Jungarbeiter nahmen an der Demonstration teil. 2 Jungarbeiter sprachen zu den Massen.

Durch das weiße Grenzland von Pirna – Bad Schandau marschierten die Dresdner Jungarbeiter. In der Oberlausitz weilten die Dresdner Arbeiterkinder und die Roten Jungpioniere, die in der sozialdemokratische Hochburg aufmarschierten. Die Oberlausitzer Jungproleten machten durch die kleinen Dörfer, die heute noch die Stützpunkte der Weißen sind, erfolgreiche Sturmfahrten. Die Chemnitzer Arbeiterjugend marschierte im Landgebiet Döbeln, Waldheim, Mittweida und im Flöhatal und erzgebirgischen Dörfern auf. Ueberall wehten rote Sturmfahnen ins Erzgebirge, Flöha- und Muldental. Im Zwickauer Gebiet wurden drei Demonstrationen in Freudenthal, Werdau und Kirchberg durchgeführt. 300 Jungarbeiter marschierten in ihrer gelben KJV-Uniform durch die Städte. In Falkenstein, im Rodewischer Gebiet wurden mehrere Demonstrationen durchgeführt. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten gab es auch dort keine Zusammenstöße. Die Polizei kam überall zu spät. Im Erzgebirge wurde an der tschechischen Grenze demonstriert. Von allen Kundgebungen wird berichtet, daß sie im Zeichen des revolutionären Kampfes gegen das Diktaturregiment Brüning-Severing-Schieck standen.

*

In Berlin fanden bis zum Sonntagabend zehn illegale Demonstrationen statt. Damit waren Haus- und Hofpropaganda verbunden. 14 000 Junge Garden wurden abgesetzt. Am Sonntagmittag sammelten sich über 1000 Jungkommunisten an den Gräbern Karl Liebknechts und der Spartakus-Gefallenen. Ueber 2000 auswärtige Teilnehmer, darunter eine Anzahl ausländische Delegierte aus England, Frankreich, Oesterreich, Schweden, Dänemark und der Tschechoslowakei hatten sich in Berlin ebenfalls eingefunden. Die Arbeiterviertel hatten rot geflaggt. Der Jugendkongreß revolutionärer Einheit, der von der Polizei verboten worden war, fand nach zuverlässigen Berichten dennoch statt. In lebhaften Debatten wurde dort Stellung genommen zum Kampf gegen den Faschismus und zur Einheitsfront der arbeitenden Jugend. Zur Diskussion sprachen Vertreter der Jugend von Krupp-Essen, Schiffahrt-Hamburg, vom Film-Wolf-Bitterfeld, vom Gaswerk und Zeiß-Betrieb-Jena, Knorrbremse und Schwarzkopf-Berlin, außerdem SAJ-Genossen und ein christlicher Jungarbeiter. Auf diesem Kongreß wurde die Einberufung eines Reichskongresses der werktätigen Jugend Deutschlands beschlossen. Die Polizei versuchte überall, durch Massenverhaftungen den Kundgebungen ein Ende zu bereiten. Geschossen wurde in Treptow, Neukölln und am Wedding. Straßen wurden regelmäßig mit dem Gummiknüppel geräumt. Alle Bahnhöfe und einzelne Zufahrtsstraßen von Berlin waren polizeilich abgeriegelt. Jungarbeiter aus Thüringen und aus Sachsen wurden noch vor Betreten Berlins inhaftiert, ebenso eine SAJ-Delegation aus Hamburg. Zur Zeit sitzen mehrere Hundert junge Arbeiter in Haft.

1242

Sämtliche Baustellen müssen stilliegen!

Schandspruch von Bauproleten abgelehnt / Neues Betrugsmanöver der Bonzen

Schart euch um die RGO, die Führerin im Kampf gegen Lohnraub

Dresden, den 7. April.

Die Streikfront der Bauarbeiter in Sachsen dehnt sich unentwegt aus. In Meißen, Plauen und anderen Städten Sachsens sind die Baustellen gleichfalls stillgelegt. Trotz aller Manöver der Reformisten folgen die Bauarbeiter einmütig der Losung der RGO: Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub. Auch aus dem Reiche kommen immer weitere Meldungen, daß die Bauarbeiter den Lohnraubschiedsspruch mit Streikbeschluß beantworten. Diese gewaltige Streikfront der Bauarbeiter gegen den frechen Angriff der Baulöwen ist das Ergebnis der umfassenden Massenmobilisation durch die RGO, die ein festes Kampfbündnis der Bauarbeiter auf den Baubetrieben mit den erwerbslosen Bauarbeitern organisierte.

In dem Kampf der Bauunternehmer zur Herabsetzung der Löhne für die Bauarbeiter und Lehrlinge haben beide Parteien den Schandspruch des Zentralen Schiedsamts „abgelehnt". Auf der Landeskonferenz des sächsischen Baugewerksbundes erfolgte die Ablehnung infolge der Empörung der Bauarbeiter gegen den frechen Lohnraubversuch der Baulöwen einstimmig. Der Tatsache, daß die Bauarbeiter fast restlos der Streikparole der RGO folgten, versuchen die Reformisten mit einem Umgehungsmanöver zu begegnen, um den Unternehmern in der Lohnraufoffensive Hilfestellung zu leisten. Nachdem die reformistische Landeskonferenz den Schandspruch abgelehnt hatte, wurde ihr ein

neuer Tarifentwurf unterbreitet als Vorschlag der Gewerkschaften an die Unternehmer. Dieser Entwurf sieht sämtliche Verschlechterungen, die seit Jahren von allen Scharfmachern gefordert werden, vor: Beseitigung der Bezahlung für unverschuldete Arbeitsversäumnisse (Regentage), faktische Beseitigung der Ferien für die Bauarbeiter und den Fortfall der Bezahlung für die Schulzeit der Lehrlinge.

Diese im Tarifvertrag vorgesehenen, noch völlig unzureichenden Bestimmungen, für welche die Bauarbeiter Jahrzehnte heftige opferreiche Kämpfe führten, sollen nach dem Vorschlag der Bonzen jetzt preisgegeben werden. Offensichtlich soll durch diesen Vorschlag, gegen den selbst auf dieser Konferenz eine starke Minderheit auftrat, den Baulöwen Gelegenheit gegeben werden, den Lohnraub ohne großen Widerstand der Bauarbeiter zu verwirklichen. Die Baugewerksbonzen versuchen durch dieses Manöver einen Teil der Bauarbeiter einzufangen mit dem berüchtigten „kleineren Uebel", und sie so von der einheitlichen Kampffront unter der Führung der RGO abzuspalten.

Die Bauarbeiter aber werden entschlossen gegen das [illegible] Betrugsmanöver der [illegible] ankämpfen und die Losung der RGO: Einheitliche Streikfront gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen jede Verschlechterung der [illegible] [illegible] Bauarbeiter, [illegible] mit entschlossener Festigung der [illegible] Lohnraub. [illegible] der Kampfbündnisse der [illegible] mit den erwerbslosen Kollegen. [illegible] [illegible] der Arbeiter gegen Lohnraub und [illegible]